

KLIMA SCHÜTZEN. VERSORGUNG SICHERN.

KLIMAFONDS-
INITIATIVE UNTER-
SCHREIBEN!



- Versorgungssicherheit schaffen
- Klimaschutz gemeinschaftlich lösen
- Öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Gewerbe und Wirtschaft

Kurzfassung

Der Klimaschutz ist die grösste Aufgabe unserer Generation. Diese Herausforderung können wir nur mit einer gerechten und gemeinschaftlichen Lösung richtig anpacken. Dank der Klimafonds-Initiative stellen wir mit öffentlichen Investitionen unsere Gesellschaft auf erneuerbare Energien um und sichern uns genügend Strom für die Zukunft. So stärken wir unsere Infrastruktur und unser lokales Gewerbe. Das bringt gute Arbeitsplätze und schafft Versorgungssicherheit. Damit befreien wir uns aus der Abhängigkeit von Oligarchen und Autokraten.

Inhalt

Ausgangslage	3
Initiative und Initiativtext	4
Konkrete Umsetzungsideen	7
Hauptargumente	9
— 4.1. Versorgungssicherheit schaffen	9
— 4.2. Klimaschutz gemeinschaftlich lösen	9
— 4.3. Öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Gewerbe und Wirtschaft	9

1. Ausgangslage

In den letzten 200 Jahren haben sich die menschlichen Lebensbedingungen insbesondere im globalen Norden rasant verbessert. Das ist ein gewaltiger Fortschritt, den wir nicht rückgängig machen wollen. Doch dieser Fortschritt ist nicht nur auf die Zunahme von Wissen und Bildung zurückzuführen, sondern auch auf Kosten der natürlichen Umwelt, der Artenvielfalt und des Klimas erfolgt. Wenn diese negativen Auswirkungen nicht rasch reduziert und repariert werden, riskiert die Menschheit einen erheblichen Rückschritt bei ihren Lebensbedingungen.

Doch Umweltprobleme können mit politischem Willen gelöst werden. Diese Erkenntnis ist mittlerweile global. Sie hat zur Ratifizierung wichtiger internationaler Abkommen wie insbesondere dem Pariser Abkommen geführt. Diese gegenseitigen Verpflichtungen der Staaten sind jedoch nur dann von Wert, wenn sie auf nationaler und lokaler Ebene umgesetzt werden und Wirkung zeigen.

Gleichzeitig zeigt spätestens der brutale Angriffskrieg von Putin gegen die Ukraine: Nicht nur wegen dem Klimaschutz, sondern auch wegen unserer Versorgungssicherheit müssen wir die Schweiz so schnell wie möglich unabhängig von fossiler Energie und von Uran machen. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir öffentliche Investitionen.

Genau diese konkrete Umsetzung ist das Ziel der Klimafonds-Initiative. Sie will der Schweiz die Instrumente an die Hand geben, um den Klimaschutz und gleichzeitig auch die Versorgungssicherheit zu konkretisieren und umzusetzen: Klima schützen, Versorgung sichern. Da die Treibhausgasemissionen zu 80 % von fossilen Energieträgern stammen¹, müssen wir unsere Versorgung auf erneuerbare Energien umstellen. Der Initiativtext der Klimafonds-Initiative sieht darum vor, dass wir jedes Jahr zwischen 0,5 und 1 % des Bruttoinlandsproduktes in die ökologische Erneuerung der Schweiz investieren. Das sind rund 3,5 bis 7 Milliarden Franken jährlich. Mit diesem Geld können flächendeckend Solarpanels gebaut, Gebäudesanierungen in der ganzen Schweiz vorangetrieben, der öffentliche Verkehr ausgebaut und der Erhalt der Biodiversität garantiert werden. Diese Aufwertung der Infrastruktur bringt dem regionalen Gewerbe das grösste Auftragsvolumen der letzten Jahrzehnte. So schaffen wir gute Arbeitsplätze und stärken die heimische Wirtschaft.

Es geht darum, unser Energiesystem grundlegend zu modernisieren. Zu diesem Zweck müssen wir den Grossteil unserer Anlagen und Infrastruktur zur Energiegewinnung und -nutzung umbauen. Dieser Umbau zeichnet sich durch eine Kombination von Massnahmen des öffentlichen und des privaten Sektors aus.

Schematisch betrachtet ergeben sich fünf Handlungsschwerpunkte:

- 1.** Der Ersatz des Grossteils der fossilen Energieträger in Gebäuden, beim Verkehr und der Wirtschaft.
- 2.** Die Steigerung der Energieeffizienz, insbesondere im Gebäudebereich.
- 3.** Die Steigerung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen und die Verbesserung der Infrastruktur für die saisonale Speicherung von Strom.
- 4.** Die Förderung nicht-strombasierter erneuerbarer Energien wie Erdwärme, Holz oder Solarthermie.
- 5.** Reduktion der nicht energiebedingten Emissionen, z.B. aus der Landwirtschaft, aus industriellen Prozessen und aus Abfällen.

¹ https://www.bafu.admin.ch/dam/bafu/de/dokumente/klima/fachinfo-daten/kenngroessen_thg_emissionen_schweiz.pdf.download.pdf/Kenngr%C3%B6ssen_2022_DE.pdf

Unsere Eltern und Grosseltern haben gezeigt, wie grosse Herausforderungen gelöst werden können. Als Antwort auf Existenznot und Altersarmut haben sie die solidarisch finanzierte AHV gegründet. Damit alle von A nach B kommen, haben sie den öffentlichen Verkehr mit der SBB ausgebaut. Und so ist es auch bei der Klimakrise: Es braucht eine gemeinschaftliche Antwort. Nur mit individuellen Verhaltensänderungen allein können wir das Problem nicht lösen.

Indem auch unsere Generation ihren Beitrag an die gesellschaftliche Herausforderung Klimaschutz leistet, können wir gewährleisten, dass unsere Nachkommen auf einem lebenswerten Planeten aufwachsen. Wir haben es jetzt in der Hand, die Weichen dafür zu stellen. Neben einer Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen haben wir als reiches Land auch eine Verantwortung gegenüber dem globalen Süden. Denn dort sind die Auswirkungen des Klimawandels am meisten zu spüren. Es ist daher höchste Zeit, endlich zu handeln.

Internationale Entwicklungen zeigen auf, dass die Idee der öffentlichen Investitionen für den Klimaschutz mittlerweile auf einer breiten Basis steht. So sieht beispielsweise das «Fit-For-55»-Programm der EU vor, dass in den Jahren 2027 bis 2032 ein Klimasozialfonds mit einem Volumen von 59 Milliarden Euro dafür dienen soll, «Investitionen in effizientere Gebäude und emissionsärmere Mobilität zu unterstützen»². Auch die mittlerweile gestürzte Regierung Draghi hatte in Italien vor, zum Aufbau der Wirtschaft und mehr Klimaschutz Milliarden-Investitionen in die öffentliche Infrastruktur zu tätigen.³ Ebenso hat die USA eben erst ein 370-Milliarden-Dollar Klimaschutz-Paket verabschiedet. Dieses sieht ebenfalls Investitionen unter anderem in erneuerbare Energien, Infrastruktur oder ein intelligentes Stromnetz vor.

2. Initiative und Initiativtext

Konkret verlangt die Initiative die Schaffung eines Investitionsfonds, mit dem eine sozial gerechte Finanzierung und Umsetzung von Massnahmen für den Klimaschutz und die Versorgungssicherheit sichergestellt werden soll. Dabei ersetzt die Initiative keine geltenden Bestimmungen, sondern ergänzt die bestehenden Massnahmen im Klima- und Energiebereich.

Zur Finanzierung dieser Massnahmen für mehr Klimaschutz und Versorgungssicherheit wird in Absatz 3 als zentrales Instrument ein Investitionsfonds verankert. Damit sollen bundeseigene Vorhaben, aber auch Beiträge an Kantone, Gemeinden und Dritte finanziert werden. Nebst direkten Beiträgen sind auch günstige Kredite, Garantien oder Bürgerschaften möglich, wobei Rückzahlungen und allfällige Zinsen wieder in den Fonds fliessen.

Die Infrastrukturfonds für die Bahn sowie für den Agglomerationsverkehr und die Nationalstrassen haben gezeigt, dass sich die Infrastrukturplanung und -realisierung über mehrere Jahre erstrecken und eine Finanzierung im Rahmen von Jahresbudgets nicht zweckmässig ist. Auch beim Ersatz fossiler Energien und bei der Förderung der Biodiversität handelt es sich oft um Investitionsvorhaben, für die es eine Planungssicherheit von mehreren Jahren oder gar Jahrzehnten braucht. Darum ist ein Fonds die beste Lösung.

Zentral für den neuen Verfassungsartikel ist, dass die Finanzierung und Umsetzung sozial gerecht sein müssen. In erster Linie geht es dabei darum, dass die finanziellen Mittel aus der allgemeinen Bundeskasse stammen sollen, um Haushalte mit tiefem Einkommen und wenig Ausweichmöglichkeiten in

² <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/europa/fit-for-55-eu-1942402#:~:text=Europa%20soll%20bis%202050%20klimaneutral,mehr%20als%2012%20Gesetzesnovellen%20vorgestellt>

³ <https://www.sueddeutsche.de/politik/italien-recovery-plan-pandemie-mario-draghi-1.5275474>

den Bereichen Wohnen, Mobilität und Konsum zu entlasten. Die Formulierung «sozial gerechte Finanzierung» von Abs. 1, sowie die Formulierungen aus den Übergangsbestimmungen definieren konkret, dass der Fonds durch den Bund zu finanzieren ist. Die Übergangsbestimmungen machen deutlich, dass die Fondszahlungen nicht zu den Ausgaben, die der Schuldenbremse unterliegen, dazugerechnet werden.

Die Initiative legt kein detailliertes Investitionsprogramm fest. In den Übergangsbestimmungen wird aber ein grober finanzieller Rahmen festgelegt: 0,5 % bis 1 % des Schweizerischen Bruttoinlandproduktes sollen jährlich für die Umsetzung zur Verfügung stehen. Innerhalb dieses Finanzrahmens sollen die Mittel wirksam und effizient eingesetzt werden. Da die Initiative eine Transformation bezweckt, wird irgendwann der Zeitpunkt kommen, an dem diese Transformation umgesetzt ist. Zudem fliessen Rückzahlungen von vergebenen Krediten ebenfalls in den Fonds. Entsprechend soll bei Erreichung der Ziele der Finanzrahmen gesenkt werden. Damit wird sichergestellt, dass nicht unbeschränkt Milliarden ausgegeben werden, wenn es denn einmal nicht mehr nötig sein sollte.

Der Initiativtext sieht konkrete Massnahmenfelder vor, in denen der Bund finanzielle Unterstützung leisten soll. Dabei geht es um fünf Felder:

1. Die Dekarbonisierung von Verkehr, Gebäuden und Wirtschaft

Bei den Gebäuden stehen energetische Sanierungen und erneuerbarer Heizungsersatz im Vordergrund. Der Handlungsbedarf ist in diesem Bereich nach wie vor sehr gross, denn die Sanierungsrate ist viel zu tief, und beim Heizen ist der Ersatz durch fossilfreie Heizungssysteme noch weit davon entfernt, zum Standard zu werden. Klimafreundliches Bauen soll die Regel werden. In der Wirtschaft können Innovationen gefördert werden, die den Treibhausgas-Ausstoss reduzieren, und im Verkehr sollen der internationale Bahnverkehr mit Nachtzügen und Hochgeschwindigkeitslinien wie auch der nationale Bahnverkehr gestärkt werden. Zudem ist auch eine vollständige Elektrifizierung des privaten und öffentlichen Wagenparks und die Erstellung der entsprechenden Infrastruktur notwendig. Denkbar wären auch Investitionsprogramme im Bereich der Velo- und E-Velo-Mobilität.

2. Den sparsamen und effizienten Energieverbrauch sowie die Versorgungssicherheit und den Ausbau der erneuerbaren Energien

In diesem Feld geht es um die Förderung der Energiewende. Im Wesentlichen wiederholt der Text hier die Ziele des Energieartikels 89 der Verfassung. Neu sollen diese Ziele auch mittels finanzieller Unterstützung aus dem Klimafonds erreicht werden. Dabei geht es um die Versorgungssicherheit und den massiven Ausbau erneuerbarer Energien. Mit dem Klimafonds könnten beispielsweise ein beschleunigtes Programm zum Austausch von elektrischen Direktheizungen oder ein Programm zur Speicherung von überschüssigem Strom im Sommer in Form von Wasserstoff, um im Winter Strom und Wärme zu erzeugen, unterstützt werden.

3. Die notwendigen Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungsmassnahmen inklusive Beiträge für den Ausgleich des Einkommensausfalls während der Ausbildungszeit

Für den Klimaschutz und die Energiewende fehlen heute Zehntausende Fachkräfte.⁴ Neue Kompetenzen für die ökologische Wende sind gefragt. Daher braucht es unbedingt auch eine Aus- und Weiterbildungsoffensive. Dabei müssen die Einkommensausfälle während der Umschulung ausgeglichen werden, denn das Risiko der mangelnden Existenzsicherung ist die grösste Hürde beim Entscheid

⁴ <https://www.tagesanzeiger.ch/fuer-die-energiewende-fehlen-tausende-von-handwerkern-205758997799>

für eine Umschulung oder Weiterbildung. Die Schweiz braucht ein Aus- und Weiterbildungsprogramm auf allen Stufen, von den Arbeiter:innen für das Anbringen von Solarpanels bis zu den Planer:innen und Ingenieur:innen, mit Fokus auf EFZ-Berufe wie Elektriker:in, Wärmepumpenmonteur:in oder Fachperson für Gebäudeisolation.

4. Nachhaltige und natürliche Karbonsenken

Der Bericht des Weltklimarats zum 1.5 Grad Ziel⁵ hat gezeigt, dass es zum Erreichen dieses Ziels negative Emissionen braucht – also den Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre. Mit der Initiative sollen darum auch solche Massnahmen gefördert werden. Die Priorität liegt bei natürlichen Senken, welche CO₂ speichern, wie Bäume oder Moorböden. Aber auch technische Massnahmen wie Carbon Capture and Storage (CCS) sollen unterstützt werden. Mit dem Begriff «nachhaltig» wird sichergestellt, dass Senken keine kurzfristigen Lösungen sind und nicht zu Lasten von Mensch und Umwelt realisiert werden.

5. Die Stärkung der Biodiversität insbesondere zur Bekämpfung der Folgen der Klimaerwärmung

Die Biodiversitäts- und die Klimakrise hängen eng zusammen. Massnahmen gegen Klimawandel und gegen den Rückgang der Biodiversität können sich aber umgekehrt auch gegenseitig unterstützen. Eine Stärkung der Biodiversität verbessert auch die Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel (Resilienz). Dies hält auch das Pariser Klimaabkommen in Artikel 7 fest, wonach die Vertragsparteien die Stärkung der Widerstandsfähigkeit ökologischer Systeme, unter anderem durch wirtschaftliche Diversifizierung und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, in ihren nationalen Gesetzgebungen sicherstellen sollen.⁶

Der Initiativtext lautet wie folgt:

«Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)»

Die Bundesverfassung⁷ wird wie folgt geändert:

Art. 103a Förderung einer sozial gerechten Energie- und Klimapolitik

1 Bund, Kantone und Gemeinden bekämpfen die menschengemachte Klimaerwärmung und ihre gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen in Übereinstimmung mit den internationalen Klimaabkommen. Sie sorgen für eine sozial gerechte Finanzierung und Umsetzung der Massnahmen.

2 Der Bund unterstützt insbesondere:

- a. die Dekarbonisierung von Verkehr, Gebäuden und Wirtschaft;
- b. den sparsamen und effizienten Energieverbrauch, die Versorgungssicherheit und den Ausbau der erneuerbaren Energien;
- c. die notwendigen Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungsmassnahmen inklusive finanzielle Beiträge für den Ausgleich des Einkommensausfalls während der Ausbildungszeit;
- d. nachhaltige und natürliche Karbonsenken;
- e. die Stärkung der Biodiversität, namentlich zur Bekämpfung der Folgen der Klimaerwärmung.

3 Für die Finanzierung der bundeseigenen Vorhaben und für finanzielle Beiträge an die Vorhaben von

⁵ <https://www.ipcc.ch/sr15/>

⁶ https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2017/619/de#art_7

⁷ SR 101

Kantonen, Gemeinden und Dritter verfügt der Bund über einen Investitionsfonds. Der Fonds oder vom Bund beauftragte Dritte können auch Kredite, Garantien und Bürgschaften gewähren.

4 Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

Art. 197 Ziff. 15^a

15. Übergangsbestimmung zu Art. 103a (Förderung einer sozial gerechten Energie- und Klimapolitik)
Der Fonds gemäss Artikel 103a Absatz 3 wird vom Bund spätestens ab dem dritten Jahr nach Annahme von Artikel 103a durch Volk und Stände bis 2050 jährlich mit Mitteln in der Höhe von 0,5-1 Prozent des Bruttoinlandproduktes gespeist. Dieser Betrag wird im Höchstbetrag der im Voranschlag zu bewilligenden Gesamtausgaben gemäss Artikel 126 Absatz 2 nicht mitgerechnet. Er kann angemessen gesenkt werden, wenn die Schweiz ihre nationalen und internationalen Klimaziele erreicht hat.

3. Konkrete Umsetzungsideen

Dank dem Klimafonds kann die angestrebte und dringend notwendige Treibhausgas-Emissionsreduktion in der Schweiz konkret umgesetzt werden. Dabei spielen die Bereiche Verkehr, Gebäude und Industrie eine besonders grosse Rolle. Denn Verkehr macht 32 %, Gebäude 24 % und die Wirtschaft 45 % (davon 25 % Industrie und 20 % durch Landwirtschaft und Abfallbehandlung sowie den Ausstoss von synthetischen Gasen) der Schweizer Emissionen aus.⁹ Im Folgenden werden pro Bereich drei bis vier konkrete Vorschläge für Massnahmen zur Emissionsreduktion gemacht. Diese Vorschläge sind nicht als eine abschliessende Liste an Massnahmenempfehlungen zu verstehen, sondern sollen zur Orientierung dienen.

Um im **Gebäudebereich** die Emissionen zu reduzieren, müssen über eine Million Gebäude saniert werden. Dies schliesst sowohl die Isolierung als auch das Auswechseln fossiler Heizungen mit ein. Konkret kann das bedeuten:

- Für Hauseigentümer:innen kann der Unterstützungssatz von 10-15 % aus dem Gebäudeprogramm auf 30 % angehoben werden.
- Der Fördersatz für energetische Sanierungen kann auf 40-50 % angehoben werden, während die Vermieter:innen sich verpflichten die Mieten nicht zu erhöhen. Das nützt beiden Seiten: Den Mieter:innen, die weniger Nebenkosten tragen müssen, und den Vermieter:innen, die unterstützt werden bei Sanierungen.
- Der Ersatz von fossilen Heizungen kann durch den Fonds beschleunigt werden, indem beispielsweise eine Unterstützung von CHF 10'000-15'000 pro Heizungsersatz angeboten wird.

⁸ Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmung wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.

⁹ <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/inkuerze.html#:~:text=Von%20den%20gesamten%20Treibhausgasemissionen%20in%20der%20Schweiz%20werden,und%20Abfallbehandlung%20sowie%20den%20Ausstoss%20von%20synthetischen%20Gasen>

Im **Verkehrsbereich** muss die fossile Fahrzeugflotte ersetzt werden und die neue Flotte muss mit Strom versorgt werden. Durch den Klimafonds kann insbesondere Zweiteres unterstützt werden. Konkret kann das bedeuten:

- Finanzierung von kollektiven Ladesystemen, sowohl auf Parkplätzen privater wie auch öffentlicher Gebäude.
- Finanzierung von Systemen zur vorübergehenden Speicherung von Strom, um die nötige Flexibilität bei der Stromnutzung bieten zu können.
- Finanzierung von dezentralen Speichersystemen, um zu vermeiden, dass das Netz aufgrund des Ladebedarfs von Elektrofahrzeugen verstärkt werden muss.
- Die Investitionen in effiziente Nachtzug- und Fernverkehrsverbindungen wie auch den nationalen Bahnverkehr.

Um die **Industrie** zu dekarbonisieren, müssen total etwa 10 Terawattstunden fossiler Energieträger¹⁰ für die sogenannte «Prozesswärme» ersetzt werden. Konkrete Massnahmen, um dieses Ziel zu erreichen, könnten sein:

- Kofinanzierung der Umrüstung von Anlagen zur Effizienzsteigerung in bestehenden Anlagen.
- Unterstützung der Finanzierung der Installation von Niedertemperatur-Wärmequellen, einschliesslich Solarwärme, geothermischer und mitteltiefer Bohrungen und Wärmepumpen.
- Unterstützung der Umstellung von Hochtemperatur-Wärmequellen:
- Mitfinanzierung eines Teils der zusätzlichen Stromerzeugungskapazität, um den Bedarf der Industrie an Synthesegas zu decken.
- Finanzierung der Infrastruktur für die Wasserstoffspeicherung und des lokalen Verteilernetzes bzw. der Verbindung zwischen diesen lokalen Gebieten.

Grundlegend für die drei obigen Bereiche Gebäude, Verkehr und Industrie ist der Ausbau erneuerbarer Energien im Inland. Erneuerbarer Strom ist besonders interessant für Mobilität und Wärmepumpen: 1 KWh Strom kann 4 KWh fossile Energie ersetzen. Der Großteil dieses Stroms kann mit Solarpanels auf Dächern generiert werden. Allerdings wird es auch Windkraft- und Photovoltaikprojekte in höheren Lagen brauchen, die im Winter besonders viel produzieren. Und für die saisonale Speicherung ist die Erhöhung der bestehenden Staudämme besonders interessant. Dadurch kann ein Teil des Wassers aus der Schnee- und Gletscherschmelze gespeichert werden, um im Winter sauberen Strom zu erzeugen.

¹⁰ <https://www.bfe.admin.ch/bfe/de/home/versorgung/statistik-und-geodaten/energiestatistiken/energieverbrauch-nach-verwendungszweck.exturl.html#aHR0cHM6Ly9wdWJkYi5iZmUuYWRTaW4uY2gvZGUvcHVibGijYX/Rpb24vZG93bmxyYWQvMTA3MTI=.html>

4. Hauptargumente

4.1. Versorgungssicherheit schaffen

Der brutale Angriffskrieg von Putin zeigt: Nicht nur wegen dem Klimaschutz, sondern auch wegen unserer Versorgungssicherheit müssen wir die Schweiz so schnell wie möglich unabhängig von fossiler Energie und von Uran machen. Mit einem Ausbau der erneuerbaren Energien in der Schweiz schaffen wir das. Damit sorgen wir dafür, dass wir nicht mehr erpressbar sind und uns aus der Abhängigkeit von Oligarchen und Autokraten lösen.

4.2. Klimaschutz gemeinschaftlich lösen

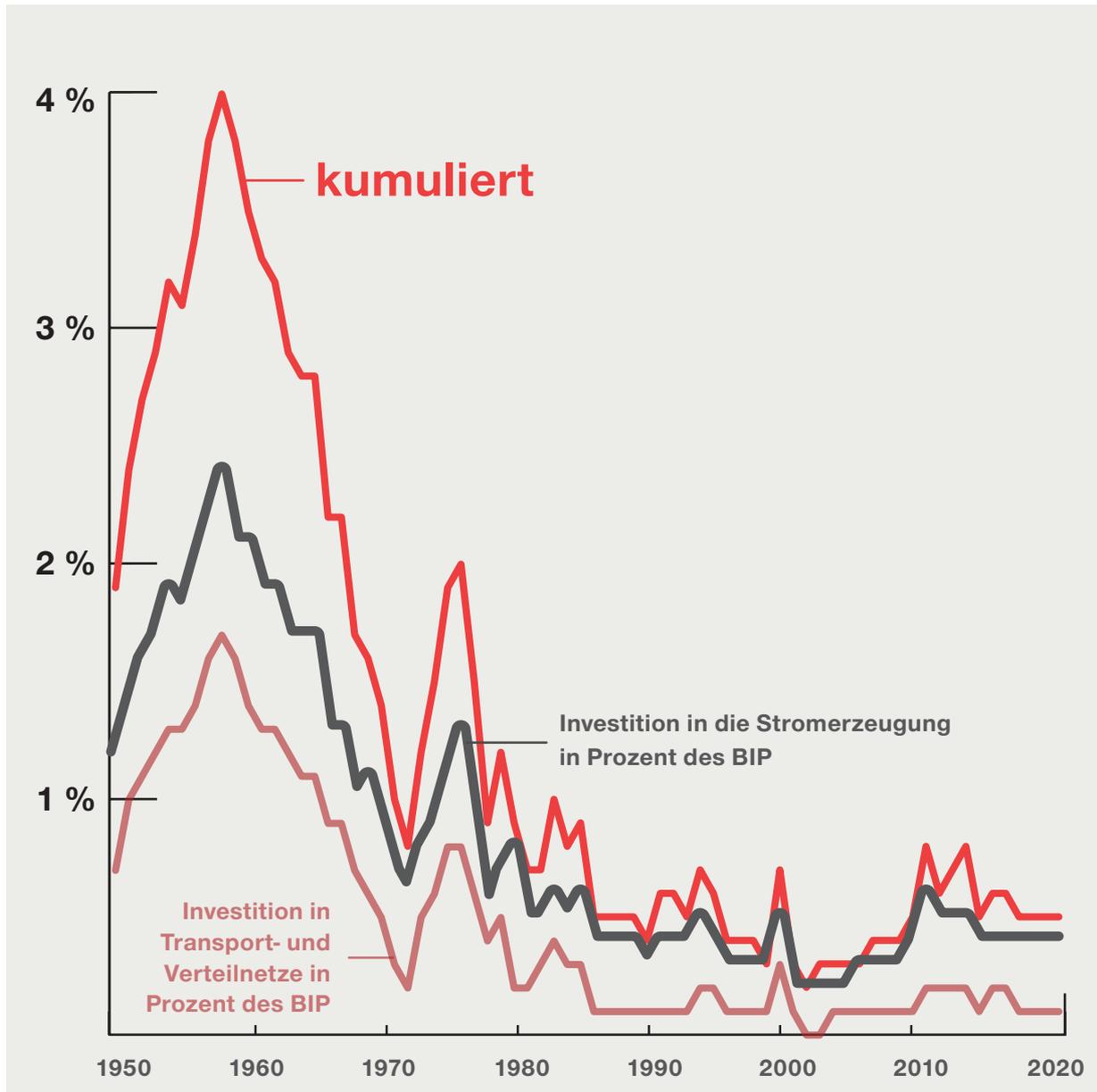
Der Klimaschutz ist die grösste Aufgabe unserer Generation. Diese Aufgabe müssen wir mit der nötigen Geschwindigkeit und in der richtigen Grössenordnung angehen. Unsere Eltern und Grosseltern haben gezeigt, wie grosse Herausforderungen gelöst werden können. Als Antwort auf Existenznot und Altersarmut haben sie die solidarisch finanzierte AHV gegründet. Damit alle von A nach B kommen, haben sie den öffentlichen Verkehr mit der SBB ausgebaut. Und so ist es auch bei der Klimakrise: Nur mit unserem eigenen Verhalten allein können wir das Problem nicht lösen. Es braucht eine gemeinschaftliche Antwort. Mit der Klimafonds-Initiative lösen wir dringend notwendige Investitionen der öffentlichen Hand und von Privaten in den Klimaschutz aus.

4.3. Öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Gewerbe und Wirtschaft

Der Initiativtext der Klimafonds-Initiative sieht vor, dass wir jedes Jahr zwischen 0,5 und 1 % des Bruttoinlandproduktes in die ökologische Erneuerung der Schweiz investieren. Das sind rund 3,5 bis 7 Milliarden Franken jährlich. Mit diesem Geld können flächendeckend Solarpanels gebaut, Gebäudesanierungen in der ganzen Schweiz vorangetrieben, der öffentliche Verkehr ausgebaut und der Erhalt der Biodiversität garantiert werden. Diese Aufwertung der Infrastruktur bringt dem regionalen Gewerbe das grösste Auftragsvolumen der letzten Jahrzehnte. Den Fachkräftemangel bekämpfen wir mit einer Aus- und Weiterbildungsoffensive. So schaffen wir gute Arbeitsplätze und stärken die heimische Wirtschaft. Diese Investitionen lohnen sich: Denn wenn wir jetzt nichts unternehmen, kostet das uns und unsere Kinder noch viel mehr.

Investitionen in den Stromsektor sinken seit den 1950er-Jahren

Investitionen in Prozent des BIP



Methodenwechsel 1980:

Kumuliert 0,9 % gemäss alter Methode, 0,7 % gemäss neuer.